

Kriegstagung des Reichstages. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 6. Februar.

Das Haus setzte heute nachmittag die Debatte über den Gesetzentwurf betreffend die Verewigung des Andenkens unserer Soldaten fort. Wie gestern und heute vormittag ging die eigentliche Materie der Tagesordnung vollständig unter in einem Meer von Allgemeinheiten. Es war wenig von der Vorlage, überwiegend von Stoffen einer allgemein politischen Generaldebatte die Rede. Die Debatte wurde auch heute noch nicht geschlossen.

Das Abgeordnetenhaus wird morgen bereits von 3 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends tagen.

Die Nachmittags-sitzung.

Um viertel 5 Uhr eröffnete der Präsident wieder die Sitzung.

Abgeordneter Graf Theodor Batthyány beleuchtet jene Fragen, die im Gesetzentwurfe nicht berührt sind. Der Krieg wird bedeutende Umwälzungen im Gefolge haben. Die Massen werden von dem Bewußtsein des Wertes der Einzelindividuen durchdrungen sein und eine weisse Regierung muß dieser Umwälzung rechtzeitig Rechnung tragen. Wenn diese Massen nach ihrer Rückkehr von den Schlachtfeldern die alten wirtschaftlichen Verhältnisse vorfinden, müssen sie unzufrieden werden. Wollen wir in diesen Massen das Gefühl der Befriedigung kräftigen, müssen wir jetzt schon Verfügungen für die Uebergangsperiode treffen. Hier ist die Invaliditätsfrage von besonderer Wichtigkeit; in dieser Hinsicht schließt Redner sich dem Beschlußantrage des Abgeordneten Alexander Gieswein an. Redner hält auch die den heutigen Lebensverhältnissen entsprechende Erhöhung der Pensionen der Kriegswitwen und -weisen für notwendig. Er spricht von der Notwendigkeit einer radikalen Besitzpolitik. Diese Besitzpolitik muß ungarischen Charakter tragen und den Massen des Volkes Gelegenheit bieten, durch Pachtung oder Kauf zu Boden zu gelangen. In dieser Hinsicht scheint Redner auch nicht vor entsprechenden gesetzlichen Zwangsmitteln gegen den Großgrundbesitz zurück; er ist kein Freund der Säkularisation, will aber dort, wo große Ländereien in einer Hand vereinigt sind, das Volk aber nicht zu Boden gelangen kann, eine radikale Besitzpolitik angewendet wissen. Wer heute mit den in Seereslieferungen leicht erworbenen Millionen Boden ankaufte, muß mit allen Mitteln gezwungen werden, den Boden dem Volke zur Verfügung zu stellen. Unsere größeren Kreditinstitute werfen sich in neuerer Zeit in großem Maße auf die Bodenpolitik, doch dürfen sie nicht die Kleinpachtungen verhindern, müßten im Gegenteil gefällig zur Einführung von Kleinpachtungen verhalten werden. Es ist die Schuld des Ministerpräsidenten, daß die Ausdehnung des Wahlrechtes auf die großen Volksmassen noch nicht erfolgt ist. Der bereuigte König Franz Josef hat schon lange vor dem Kriege erkannt, daß das ungarische Volk für das allgemeine, geheime Wahlrecht reif ist. Das ungarische Volk wird nach seiner Rückkehr aus den Schützengräben fragen, warum es dieses Recht noch nicht erhalten hat. Die Majorität hat vor den Wahlen das allgemeine, demokratische Wahlrecht versprochen; wenn sie es nicht geschaffen hat, trägt Graf Stefan Tisza die Schuld, der es mit der ganzen Wucht seiner Individualität verhindert hat. Redner beantragte, das Parlament möge wenigstens jetzt das radikale demokratische Wahlrecht verwirklichen. Den Entwurf nimmt Redner mit den Beschlußanträgen der Abgeordneten Abraham und Gieswein an.

Abgeordneter Stefan Haller

fürchtet, wenn wir für unsere Selben nicht ernstlich sorgen, werde dies auch auf die Schlagfertigkeit der Armee zurückwirken, die unter der Bewunderung einer ganzen Welt nunmehr den dritten Winter in aufopferungsvoller Hingabe gegen Millionen der Feinde durchhält. Das Andenken dieser Helden ist in unsere Herzen eingeschrieben, man braucht keine Denkmäler, die höchstens einem Spekulanten Möglichkeiten zu Buche eröffnen. Von der Gesetzgebung erwarten die Helden keine Marmortafel, sie erwarten von der Nation jene Realgarantien, für die jetzt unsere Welt im Kriege steht; sie erwarten die Garantien ihres materiellen Daseins und ihrer politischen Rechte. Neben der unerlässlichen Fürsorge für unsere Kriegsinvaliden müssen wir die Heimkehrenden möglichst rasch in den Betrieb des volkswirtschaftlichen Lebens einschalten, in die Industrie und Landwirtschaft, damit zur notwendigen Mehrproduktion wirklich eine genügende Anzahl von Arbeitskräften zur Verfügung stehe. Wenn in Deutschland 65 Prozent der Soldaten aus der Landwirtschaft zur Front gingen, so beträgt dieser Prozentsatz bei uns gewiß 80 Prozent, die schwersten numerischen Verluste müssen somit diejenigen treffen, die ihre Lebensstätigkeit im Frieden der Landwirtschaft gewidmet haben. Zurück zum Boden, sei unser Leitsatz, für den wir, wenn nötig, die größten materiellen Opfer bringen müssen. Unsere kleine Industrie wird unsere Zahlungsbilanz nie so rasch und wirksam verbessern, als unsere exportfähige Landwirtschaft. Der kleine Landwirt, der als Soldat die frumme Arbeit gewohnt war, wird seinen eigenen Grund und Boden, im eigenen Interesse und zum Wohle der Allgemeinheit gewiß gut bestellen. Diesem wertvollen Elemente muß der Staat hilfreich beistehen durch eine Ansiedlungspolitik, wie wir sie in Deutschland sehen. Wenn wir in der Kriegsführung deutschem Beispiel folgen, sollen uns auch die deutschen Zivileinrichtungen als Vorbild dienen, die dem deutschen Manne kein Geschenk, aber die Möglichkeit geben, sich einen kleinen Grundbesitz zu verschaffen. (Zustimmung links.) Das System der Erbpachtungen wäre bei uns am leichtesten einzuführen, da man bei dieser Form des kleinsten Kapitals bedarf.

Für die industriellen Arbeiter sollen in den Städten kommunale Miethäuser und Gartenwohnungen gebaut werden; für die Invaliden sollen kleine Gartenwirtschaften von 1/2—2 Joch Ausdehnung errichtet werden, deren Erzeugnisse in den nahen Städten einen guten Absatzmarkt finden. Jede Stadt sollte Musterwirtschaften einrichten, in denen ein Kriegsinvalider als praktischer Lehrer der übrigen tätig sein könnte. Dann sollten auch landwirtschaftliche Arbeiterkolonien

errichtet werden. Die finanziellen Mittel zur Durchführung dieser Besitzpolitik müßte zum größten Teil der Staat beschaffen. Wenn die großen Grundbesitze, die heute in neuen Händen übergehen, den Ansprüchen einer der Nation frommenden Besitzpolitik zuwiderlaufen, so möge man ohne Rücksicht auf diese Besitzer radikal eingreifen. Vor allem aber sollte die Regierung als brennendste Aufgabe die Mißbräuche abstellen, denen heute die Ärmsten unseres Volkes ausgesetzt sind, wenn sie die Kriegsunterstützung verlangen. Der Minister des Innern, der ein Herz für das Volk hat, möge streng gegen Mißbräuche der Verwaltung vorgehen. Diese Unzufriedenheit im Hinterlande dürfe sich nicht bis an die Front ausbreiten. Für die Zeit aber, wo die Helden zurückkehren, sollen Gesetze geschaffen sein, die ihnen den Vollbesitz der politischen Rechte sichern. Das Wahlrecht der Helden wird jede Partei gern gewähren, als Lohn oder Auszeichnung für alle geleisteten Arbeiten. Die Nation soll sich selbst dadurch auszeichnen, daß sie ihren Helden die Existenz sichert. Den Gesetzentwurf nimmt Redner an. (Lebhafte Zustimmung.)

Graf Michael Károlyi:

Jedermann ist von dem höchsten Gefühl der Dankbarkeit gegenüber den Helden, die für das Vaterland kämpfen, durchdrungen, die Mitglieder der Mehrheit und Minderheit in gleichem Maße. Der Unterschied besteht nur darin, daß die Mitglieder der Opposition die in diesem Gesetzentwurf enthaltenen Verfügungen für allzu gering halten. Ist es nicht charakteristisch, daß kein Mitglied der Mehrheit es der Mühe wert hielt, zu diesem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen? Die Verfügungen dieses Gesetzentwurfes sind nicht nur nicht ernst zu nehmen, sondern sie müssen direkt Empörung bei allen denjenigen, denen das Schicksal unserer Helden am Herzen liegt, hervorrufen. Diese Helden haben das Recht, viel mehr zu fordern, als in diesem Gesetzentwurf enthalten ist. Keine Gedanktafel, sondern Brot den Witwen und Waisen und Rechte den zurückkehrenden Helden. Der Gesetzentwurf enthält nichts anderes als hohle Phrasen und ist nur geeignet, einer bereits bestehenden Aktiengesellschaft eine geschäftliche Konjunktur sicherzustellen. Die Regierung hat bereits vor dem Kriege wiederholt Beweise für den Mangel jeder sozialen Gefühle geliefert. Diese antisoziale Tendenz kam während des Krieges in gesteigertem Maße zum Ausdruck. Redner beschäftigt sich sodann ausführlich mit der Frage der Kriegsunterstützungen. Nirgend ist die Unterstützung so gering wie bei uns, und nirgend kommt es vor, daß die Familien der in Kriegsgefangenschaft geratenen oder gefallenen Soldaten keine Unterstützung mehr erhalten. (Lärm links; Rufe links: Das ist nicht gravaminös, sondern empörend!) Die Regierung hätte zunächst die schreienden Uebel auf dem Gebiete der Kriegsunterstützung beseitigen müssen und erst dann die Verewigung des Andenkens der gefallenen Krieger in Angriff nehmen sollen. Redner wendet sich sodann der Erörterung der Frage des Wahlrechtes zu. Ohne Einführung des allgemeinen Wahlrechtes wird Ungarn nach dem Krieg die riesigen Lasten, die der Krieg ihm aufgebürdet hat, nicht tragen können. Die riesige Zunahme der staatlichen Ausgaben läßt eine Restrukturierung unseres wirtschaftlichen Lebens als unumgänglich notwendig erscheinen. Wie will diese Regierung, die seit ihrem Bestande nie eine wirklich soziale Politik betrieben hat, diese unerlässliche Restrukturierung durchführen, wenn sie nicht einmal die Ausdehnung des Wahlrechtes gewähren will. Redner kann den Gesetzentwurf nur mit Vorbehalt votieren in der Hoffnung, daß in der Zukunft die Rechte der Krieger institutionell gesichert werden. (Beifall links.)

Die Debatte wird abgebrochen.

Der Antrag des Grafen Steiner, daß die Beratungszeit des Abgeordnetenhauses von 3 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends 9 Uhr dauere, wird angenommen.

Das Interpellationsbuch wird verlesen. Es sind folgende Interpellationen eingezeichnet:

Martin Kovács über die außenpolitische Situation, Stefan Haller über die Mißbräuche im Lebensmittelhandel.

Michael Dévay über die Kriegswaisen, Ludwig Szilágyi über die den österreichischen Staatsbürgern bei den Enthebungen gewährten Begünstigungen,

Bela Kelemen über die Zustände im Militärsanitätsdienst und Verschwendungen im Hinterlande,

Ludwig Polló über die auswärtige Lage,

Wilhelm Sümegi über die Rückansiedlung der Szekler,

Wilhelm Bássonji über die Kriegsunterstützungen,

Graf Theodor Batthyány über den Eisenbahnanschluß von Szekfárad,

Aladár Gedeon über Mißbräuche in der Verwaltung,

Stefan Rakosky über die Zensur.

Präsident beantragte, das Haus soll um 7 Uhr die Interpellationen anhören.

Abgeordneter Graf Julius Andrássy

bittet, schon um 6 Uhr auf die Interpellationen überzugehen.

Das Haus nimmt den Antrag des Grafen Julius Andrássy an.

Der Tagesordnungsantrag des Präsidenten wird angenommen.

Nach Authentifizierung des Protokolls wird die Sitzung um 8 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung morgen, Mittwoch, nachmittags 3 Uhr.

Tagesordnung: die heutige und Interpellationen.